

mern demokratisch zu reorganisieren und die Unternehmer-Organisationen, diese traditionellen Träger der imperialistischen Eroberungspolitik Deutschlands, zu verbieten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Unternehmer haben genügend Möglichkeit, ihre Interessen in den Industrie- und Handelskammern zu vertreten. Wenn die frühere faschistische Wirtschaftsgruppe für Maschinenbau sich jetzt über ganze Zonengebiete organisiert, so ist das eine starke zentralisierte Organisation, an deren Spitze Vertreter des deutschen Imperialismus stehen. Die Zulassung der Tätigkeit solcher Organisationen kann zu nichts Gutem führen.

Nicht minder groß ist die Gefahr des Föderalismus. Die Aufteilung Deutschlands in Länder und Provinzen, die selbständig wirtschaften, kann nur dem Zweck dienen, die faschistischen und reaktionären Positionen in verschiedenen Gebieten Deutschlands zu erhalten. Dr. Hoegner, der sozialdemokratische Ministerpräsident Bayerns, einer der Hauptvertreter des Föderalismus, wurde von faschistischen Gruppen seines Landes auf die Todesliste gesetzt. (Hört! Hört!) Vielleicht veranlaßt ihn diese Tatsache, darüber nachzudenken, ob seine bisherige Politik gegenüber der Reaktion und der Königspartei richtig war oder nicht. Was sind das für Zustände, daß Nazi-Stoßtrupps in Eggenfelden eine Versammlung sprengen können, daß russische Weißgardisten, die Freunde von Rosenberg, legal ihre reaktionäre Propaganda treiben? Die Vertreter der militaristischen Königspartei dürfen eine offene Massenpropaganda gegen die Demokratie führen. Die Kriegsinteressenten sind in 21 Unternehmerverbänden über ganz Bayern organisiert.

Ich frage Dr. Hoegner, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist: Wollen Sie in Bayern griechische Zustände, oder was wollen Sie eigentlich? (Sehr gut!) Möge der bayerische Ministerpräsident nicht vergessen, daß nach dem ersten Weltkrieg der erste politische Mord an Kurt Eisner in München begangen wurde. Die Organisation Escherich wurde in der bayerischen Ord-